

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Direktion für Wirtschaftspolitik  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

1. September 2022

per Email an: wp-sekretariat@seco.admin.ch

## **Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Prüfung ausländischer Investitionen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Prüfung ausländischer Investitionen und danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Wir sind überzeugt mit unserer Bauweise und unseren Materialien, einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz beitragen zu können. Recyclingmaterialien sind in unserer Bauweise heute Standard. Unsere Bauweise ist wie keine zweite geeignet, die Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen umzusetzen und zu fördern.

**metal.suisse spricht sich gegen die Einführung von Investitionsprüfungen aus. Wir teilen die bundesrätliche Einschätzung, dass weitergehende Regulierungen unverhältnismässig und das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen nachteilig ist. Die bestehende Gesetzgebung trägt den wirtschaftspolitischen Zielen der Schweiz bereits genügend Rechnung.**

Der Kapitalanleger braucht verlässliche Rahmenbedingungen, die Investitionen erleichtern und somit einen ökonomischen Wertzuwachs ermöglichen. In finanz- und steuerpolitischen Aspekten muss sich die Schweiz international um seine Standortqualität und -attraktivität behaupten. Die Prüfung ausländischer Investitionen führten zu niedrigerer Planungssicherheit bei Investoren. Dies würde dem Schweizer Standort und seiner Prosperität schaden. Die Fürsprecher von Investitionsprüfungen führen (sicherheits-)politische und keine gesamtwirtschaftlichen Gründe an. metal.suisse sieht sich deshalb nicht veranlasst, die Einführung einer Investitionsprüfung zu akzeptieren.

Investitionsprüfungen beschädigen die starken Verflechtungen der Schweiz mit den ausländischen Kapitalmärkten und vermindern das ausländische Investitionsvolumen in die Schweiz

erheblich. Die Schweiz als Investitions- und Wirtschaftsstandort würde massiv an Anziehungskraft verlieren. Konkret bremst oder verhindert dies gewisse ausländische Investitionen in inländische Unternehmen, was sich nachteilig auf den Willen inländischer sowie ausländischer Kapitalgeber auswirken könnte, in inländische Unternehmen zu investieren.

Die angedachte Gesetzesänderung beschränkt die in der Verfassung garantierte Wirtschaftsfreiheit, speziell die Vertragsfreiheit, fundamental. Diese Einschränkung ist unangemessen und würde sich schädlich auswirken. Die Bundesverfassung stipuliert die Wirtschaftsfreiheit in Art. 27 (Wirtschaftsfreiheit, individuelle Garantie) und Art. 94. (Wirtschaftsfreiheit, institutionelle Garantie). Alle legislativen Eingriffe müssen diesen Grundsatz einhalten. Die Einführung von Investitionsprüfungen hätte zur Folge, dass diese den Erfordernissen der Art. 27 und 36 der Bundesverfassung (Einschränkung von Grundrechten) entsprechen müssten.

Rechtsunsicherheit ist Gift für Investitionen. Bis sich eine allgemein akzeptierte Rechtspraxis zu den Investitionsprüfungen etabliert hat, würde es zu ausgesprochenen Rechtsunsicherheiten kommen. Der vorliegende Vorentwurf für ein Investitionsprüfungsgesetz bringt zusätzliche Rechtsunsicherheit für potenziell betroffene Unternehmen und die Schweiz mit sich. Er dämpft die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand.

In der Schweiz existieren bereits Gesetze, die kritische Infrastrukturen (speziell Energieversorger, Wasserwerke, etc.) vor ausländischen Übernahmen abschirmen. Zusätzliche Investitionsprüfungen stellen zusätzliche administrative Belastungen dar, was weder zweckmässig noch förderlich wäre. Investitionsprüfungen brächten keinen zusätzlichen Schutz von kritischen Infrastrukturen.

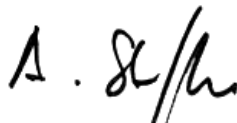
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Für die Berücksichtigung unserer Bedenken danken wir Ihnen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**metal.suisse**



Diana Gutjahr  
Präsidentin  
Nationalrätin SVP



Andreas Steffes  
Geschäftsführer